

Eine Stadt wächst über ihre Grenzen hinaus

Entlang der bald fertigen Glattalbahn findet eine faszinierende urbane Siedlungsentwicklung statt. Aber sie steht oft im Widerspruch zu den Strukturen und der Politik der am Prozess beteiligten Gemeinden. Gemeinden, die zwar zusammenwachsen, sich aber gleichzeitig konkurrenzieren. Das Ziel muss klar sein, die Lebensqualität in diesen Stadträumen zu steigern, also sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Strukturen zu finden sowie die demokratischen Entscheidungsprozesse zu stärken. Damit das Ganze mehr als die Summe der Einzelteile ergibt und sich die Gemeinden als Teil der Metropole Zürich verstehen.

Zu viele Parallelstrukturen

Nur habe ich manchmal das Gefühl, diese rasante Entwicklung fände ohne die Politik statt. Und ohne konsequent die realen und funktionalen Stadträume in Übereinstimmung zu bringen. Denn Stadtentwicklung im Grossraum Zürich ist mehr als Raumplanung. Gerade im Glattal haben wir zu viele Parallelstrukturen: die Gemeinden mit ihrer Königreichmentalität, den Verein Glow, die Zürcher Planungsgruppe Glattal (ZPG), die Bezirke, den Kanton und auch der Bund. Überkommunale Zusammenarbeit demokratisch besser abzustützen ist eine grosse Herausforderung, aber letztlich zentral für das Gelingen. Es ist das Bewusstsein zu fördern, dass die Grenze der eigenen Gemeinde auch die Grenze der nächsten darstellt und genau an diesen Schnittstellen die Probleme auftauchen und zu lösen sind.

Zwei Beispiele: Die Glow-Gemeinden haben bei den Interkommunalkonferenzen mitgearbeitet, bis es ernst galt mit der Verbindlichkeit, dann haben sie sich davon geschlichen. Und die ZPG streicht im Juni 2009 Tramlinien aus dem regionalen Richtplan, um sich

ein Jahr später wieder Gedanken zu machen, welche man doch wieder reinnehmen soll. So kann das ja nicht gehen. Man müsste ganz ernsthaft über die Abschaffung der Planungsgruppen nachdenken, jenen Gemeindepräsidentenklubs, die im Vakuum zwischen der kommunalen und kantonalen Ebene ohne Entscheidungskompetenz herumbasteln.

Die Einsicht der Gemeinden für eine verbindlichere Zusammenarbeit - bis hin zur Fusion - können wir sanfter oder weniger sanft steuern, nämlich über den Finanzausgleich. Wenn es aus siedlungspolitischen Gründen sinnvoll ist, am einen Ort ein- und am anderen auszuzonen, sollen kooperative Gemeinden davon profitieren können. Wir leben in einer monetären Welt, also steuern wir auch damit. Denn die finanzielle Autonomie der Gemeinden ist tief: Die kantonale Abteilung Gemeindefinanzen schätzt, dass weniger als 20 Prozent der Budgets für eigentliche Gemeindepolitik bleiben. Und das widerspiegelt sich auch in Scheindebatten in Gemeindeparlamenten. Ich gehörte selber vier Jahre dem Dübendorfer Parlament an: sie waren von gähnender Langeweile geprägt.

Viele der Agglomerationsgemeinden sind sich durchaus bewusst, dass sie Teil einer grösseren Einheit sind; ihre Behörden sehen aber vor allem die Risiken und nicht die Chancen des Zusammengehens. Glow.das Glattal ist zwar erfolgreich und zeigt in die richtige Richtung, weist aber genau die erwähnten demokratischen Defizite auf. Wie können also überkommunale Beschlüsse demokratisch abgestützt werden? Spätestens seit der Einweihung der ersten Etappe der Glattalbahn wissen wir, dass Grenzen fließend sind und in dieser Stadtlandschaft Glattal ein riesiges Entwicklungspotential steckt. Wir müssen also alles

daran setzen, damit die zusammenwachsende Glattalstadt städtebaulich hochstehend, landschaftlich und verkehrstechnisch optimal entwickelt sowie soziokulturell gut durchmischt wird.

Eine Glattalstadt-Fusion

Auch wenn ich mir bewusst bin, dass neue Grenzen auch wieder alte werden: Im Glattal sind eine Glattalstadt-Fusion oder Eingemeindungen in Zürich ein Thema. Oder zuerst eine starke Glattalstadt und dann mit Zürich fusionieren? Gerade Dübendorf, Wallisellen und Opfikon mit der über Grenzen verkehrenden Stadtbahn böten sich für eine Eingemeindung an. Aktiv angehen ist besser als per kantonale Abstimmung eingemeindet zu werden, wie es den Quartieren Enge und Wollishofen 1893 erging - durchaus zu ihrem Wohle.

Zentral ist dabei, die Bevölkerung einzubeziehen: Wir müssen den Menschen glaubhaft machen, dass sie auch in einer Grossstadt in ihrem Quartier «zu Hause» sind, dort ihre Nachbarn und Freunde haben. Sonst passiert das, was den ehemaligen Expo-Chef Martin Heller ratlos stimmte: Nämlich dass man in dieser globalisierten Welt auch Heimat in einer Postleitzahl finden kann. Ziel muss sein, den urbanen Grossraum Zürich als Einheit mit verschiedenen Zellen zu verstehen und die Lebensqualität in diesen Räumen sozial, wirtschaftlich, ökologisch und kulturell zu steigern und die politischen Entscheidungsprozesse zu stärken.

** Peter Anderegg ist SP-Kantonsrat aus Dübendorf. Der Maschineningenieur ist Mitglied der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt, Vizepräsident des Vereins zur Förderung des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zürich.*